

Ausgewählte Vorträge aus 50 Jahren

Europa vor der Entscheidung

Von Otto von Habsburg

Vortrag, gehalten am 20. Januar 1978 bei der SWG in Hamburg



Es ist mir eine aufrichtige Freude, wieder einmal hier im Kreise der Hamburger Freunde zu sein, um über ein Problem zu sprechen, das sich, seit ich das letzte Mal hier war, stark entwickelt hat. Ich weiß, wenn man von Europa spricht, wird einem immer systematisch entgegengehalten, die Sache geht nicht. Es wird kein Fortschritt gemacht, man hat schon sehr lange von Europa gesprochen, nichts ist geworden und

daher wird auch weiterhin nichts daraus werden. Dieser sogenannte „Europessimismus“ ist eines der erstaunlichsten Phänomene unserer Zeit; es ist wahrscheinlich die Folge dessen, daß wir heute mit unseren Massenmedien noch immer eines der schwierigsten Probleme der Gegenwart haben.

Unser Verhältnis, ganz besonders zu den neueren Massenmedien - da ist eine Wochenzeitung ganz etwas anderes -, besonders zum Fernsehen, ist noch keineswegs gelöst. Da ist nicht nur die bewußte Manipulation, über die wir uns mit viel Recht beklagen, es kommt das dazu, was man die unbewußte Manipulation nennen könnte. Sie entsteht aus dem Problem des Fernsehens, daß dieses uns jeden Tag durch viele Stunden fesseln und unterhalten muß. Nun, Sie wissen, Normales ist weder fesselnd noch unterhaltend: ein Student, der studiert, ein Geistlicher, der an Gott glaubt, sind nicht fernsehwürdig, weil sie das machen, was ihre Aufgabe ist.

Erst in dem Augenblick, wo sie das Gegenteil des Erwarteten machen, werden sie interessant; daher ist die kleinste Minderheit im praktischen Leben die größte Mehrheit in der Traumwelt des Fernsehens, vor dem, wie es Statistiken uns zeigen, der Durchschnitts-Westeuropäer heute jeden Tag 2½ Stunden verbringt - ein gutes Geschäft für die Augenärzte.

Leider ist diese Tatsache für die Europa-Politik äußerst negativ, denn nach dem Grundsatz, daß sich schlechte Nachrichten besser verkaufen als gute, wird immer nur das laut, was nicht geht, und niemals, was tatsächlich funktioniert. Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit auf eine bezeichnende, ja ergötzliche Einzelheit lenken, die wir jedes Jahr beobachten können: Wir haben, wie Sie wissen, im Rahmen der EG einen Agrarmarkt, einen der größten Agrarmärkte, aber auch keine Landwirte mehr.

Dieser Agrarmarkt muß jedes Jahr die Agrarpolitik für die nächsten 12 Monate festlegen. Wer die Gelegenheit hat, etwas hinter die Kulissen des gemeinsamen Marktes zu schauen, weiß,

daß lange vor dem Termin man sich bereits auf der Ebene der Sachverständigen und der Beamten längst geeint hat. Das bedeutet einen Kompromiß auf dem schwierigsten und wichtigsten Gebiet der Wirtschaft. Natürlich ist ein jeder gezwungen, nachzugeben, was alle mäßig unzufrieden läßt, die Charakteristik eines guten Kompromisses.

Schon der weise Kaiser Franz hat zu Beginn des 19. Jahrhunderts den Satz geprägt: „Ich weiß, daß ich gut regiert habe, wenn alle meine Völker gleichermaßen mäßig unzufrieden sind.“

So entstand das Agrarmarathon

Der Kompromiß ist also ausgearbeitet, aber dann kommt die schwierige Frage für die Regierungen: Wie sag' ich das meinen Wählern? Um dies zu beantworten, entstand das Agrarmarathon. Im März oder Anfang April treten die Landwirtschaftsminister der 9 EG-Staaten in Luxemburg oder in Brüssel zusammen. Zuerst sind ein paar Sitzungen. Diese werden immer wieder vertagt, weil man sich nicht einigen kann. Die Spannung wächst. Schließlich kommt die Endphase, die Tage, an denen man sich einigen muß. Da wird es wirklich aufregend, nicht wahr, da beginnt man, sich zu beschimpfen, der eine geht hinaus, der andere hinein. In der letzten Nachtsitzung wird um Mitternacht die Uhr zum Stillstand gebracht. Dann wird noch 3 bis 4 Stunden verhandelt; hat dann jedermann das Gefühl, man habe genug für die Wähler getan, zieht ein jeder Minister das Papierl aus der Tasche, das er schon seit Anfang der Verhandlungen drinnen gehabt hat, und der Kompromiß ist da - die Ehre ist gerettet.

Wirklich bezeichnend ist aber die Haltung unserer Massenmedien. Solange die Spannung herrscht und man daher die Hoffnung hat, die EG werde diesmal zerplatzen, da ist Europa in Balkenlettern auf der ersten Seite der Zeitungen. In dem Augenblick, wo der Kompromiß da ist, wird Europa uninteressant. Daher erscheint die Nachricht, daß man sich geeinigt hat, ganz im Inneren des Blattes in 2 Zeilen, dort, wo man normalerweise von überfahrenden Hunden berichtet. Für Menschen, die ihre Zeitung nicht lesen, sondern nur mehr anschauen, entsteht dadurch der Eindruck, in Europa raufe man sich ständig, man einige sich über nichts. Dabei haben wir in den vergangenen 30 Jahren wirklich Großes geleistet.

Zeugen dafür sind diejenigen, die meiner Generation angehören, also die Älteren, die sich noch an das Jahr 1945 und die Zeit danach erinnern können. Wenn man uns damals, vor den Trümmern, die Europa bedeckten, bei dem Haß, der zwischen den Völkern bestand, bei den Strömen von Blut, die vergossen worden sind, gesagt hätte, daß wir nach 30 Jahren so leben würden, wie wir heute leben - Hand aufs Herz - keiner von uns hätte es glauben können. Trotzdem haben wir in einer Zeit, in der die Regierungen noch größtenteils aus Menschen zusammengesetzt sind, die aufeinander geschossen haben, die EG, die EFTA, die Westeuropäische Union, den Europarat und die vielen großen und kleinen Zusammenschlüsse geschaffen, für die es in der Geschichte keine Parallele gibt.

Wir haben also eine sehr gute Ausgangsbasis für die kommenden Europawahlen, allerdings - als der Europäische Rat diese am 20. September 1976 beschloß, war die erste Reaktion unmöglich. Die Franzosen werden nicht ratifizieren, denn sie wollen kein Europa. Kurz darauf war der erste Staat, der den Beschluß des Europäischen Rates ratifizierte, Frankreich.

Der erste Staat, der ein europäisches Wahlrecht bei sich erlassen hat und bereit war, die Europawahlen abzuhalten, war auch Frankreich. Nachdem man die Franzosen nicht mehr als „Prügelknaben“ hatte, kamen die Engländer an die Reihe. Jetzt waren sie ausersehen, die Europawahlen zu verhindern. Natürlich gibt es in der englischen Regierung Europegegner; aber sie sind ohnmächtig, nachdem in England eine Volksabstimmung über Europa eine europäische Mehrheit in 611 von 612 Wahlbezirken ergeben hat. Daß wir jetzt etwas Zeit verlieren, daß also die Wahlen nicht, wie ursprünglich erwartet, im Jahre 1978, sondern erst 1979 abgehalten werden, das ist auf die technischen Schwierigkeiten des neuen Wahlrechtes, insbesondere in England, zurückzuführen. Man muß 82 Wahlbezirke schaffen und auch die Wählerlisten neu anlegen.

Der Trugschluß unserer Respektabilitäten

Wir haben aber die Sicherheit: die Europawahlen stehen vor der Tür. Das erklärt das neue, von den meisten Medien hochgejubelte Phänomen des Eurokommunismus. Dieser Eurokommunismus wird, wie Sie wissen, von einer Reihe unserer Respektabilitäten ernst genommen. Noch vor wenigen Tagen hat z. B. der portugiesische Ministerpräsident Soares den unheimlich törichten Satz geprägt, der Eurokommunismus sei das größte intellektuelle Ereignis seit dem 2. Weltkrieg. Daher ist eine sachliche Analyse geboten. Fragen wir uns deshalb: Ist überhaupt etwas an diesem Eurokommunismus?

Wenn man die Geschichte des Kommunismus in der Sowjetunion studiert, findet man, daß unter diesem oder jenem Namen ähnliche Manöver immer wieder stattgefunden haben. Es handelt sich also um ein uraltes Instrument sowjetischer Politik, das immer wieder Verwendung findet, wenn man sich irgendwo politisch einschleichen will; es wird beiseite gelegt, wenn es nicht mehr paßt. Das gilt sogar für das Wort „Eurokommunismus“.

Zeitungen behaupten, ein italienisch-jugoslawischer Journalist namens Barbieri habe den Begriff Eurokommunismus erfunden. In Wirklichkeit findet man das Wort bereits mehrfach 1946 bei Walter Ulbricht.

Zur Substanz wiederum haben die Eurokommunisten niemals von sich behauptet, sie seien etwas Besonderes. Sie sind derart von unserer Dummheit überzeugt und davon, daß wir uns immer selbst ein X für ein U vormachen, daß sie gar nicht einmal die Notwendigkeit verspüren, uns anzulügen.

Da hat der Papst des Eurokommunismus, Herr Enrico Berlinguer, in einer Rede gesagt: „Eurokommunismus, das ist der italienische Weg zum Kommunismus.“ Ja, was heißt denn das? Doch ganz einfach, das Endziel sei weiter der Kommunismus, also das Regime, so wie es in der Sowjetunion besteht. Daß es dazu einen italienischen Weg gibt, ist doch bei der Verschiedenheit der Völker selbstverständlich - das ist bloß eine Frage der Taktik. Berlinguer hat uns daher nur etwas gesagt, was bekannt ist: das Bewundernswerte ist nur, daß er sich das getraut hat und ihm doch so viele angeblich kluge Personen aufgesessen sind. Wenn wir fischen gehen, so tarnen wir doch zumindest den Haken, um den guten Fisch zu betrügen. Anständige Menschen nehmen eine Fliege, und die weniger anständigen, wie ich, einen

Wurm; die Eurokommunisten aber, die hängen den bloßen Haken ins Wasser, und der Fisch beißt an. Es ist zwar richtig, daß man in Italien, Frankreich und Spanien einige Worte im Programm geändert hat, aber das ist ja eine billige Operation, die wenig oder nichts bedeutet. Wirklich ausschlaggebend ist die Frage der inneren Willensbildung und der Finanzierung der Parteien. Auf diesen beiden Gebieten hat sich nichts geändert. Es ist bemerkenswert, daß die Statuten der Parteien in Frankreich, Italien und Spanien noch immer aus der Zeit Josef Stalins stammen, nicht einmal ein Beistrich wurde geändert. Die Parteien sind praktisch nach innen genauso zentralistisch und totalitär wie in den stalinistischen Zeiten.

Die Finanzierung der K-Parteien

Was aber die Finanzen betrifft, würden innerhalb von 6 Monaten alle unsere eurokommunistischen Parteien zumindest auf die Hälfte ihres derzeitigen Bestandes zurücksinken, sollte die Sowjetunion den Hahn abdrehen. Das zeigt die Finanzierung dieser Parteien. Es gibt heute keine kommunistische Partei in Europa, die Finanzprobleme hat, während alle anderen Parteien, ob sozialistisch, konservativ oder liberal, einen guten Teil ihrer Energie darauf verwenden müssen, die Mittel für ihre Tätigkeit aufzutreiben. Die Kommunisten schöpfen ständig aus dem Vollen, weil eine Supermacht hinter ihnen steht.

Da hat Herr Marchais aus Frankreich vor einigen Monaten bei einer Pressekonferenz erklärt, seine Partei lebe ausschließlich von den Mitgliedsbeiträgen. Darauf sind fixe Journalisten hingegangen und haben auf Grund der Äußerung der französischen kommunistischen Partei zusammengerechnet, was diese in einem Jahr ausgeben, haben das mit der offiziellen Anzahl der Mitglieder dividiert und haben so bewiesen, daß der durchschnittliche Mitgliedsbeitrag 3.600 Francs im Jahr betragen müßte. Außerdem weiß man, daß die französische kommunistische Partei und alle ihre Gliederungen ihre Konten bei einer einzigen Bank haben, Banque des Pays du Nord, die zu 100 Prozent der sowjetischen Regierung gehört.

Die französische Regierung traut sich nicht, sie zu kontrollieren, wodurch man selbstverständlich in der Banque des Pays du Nord frei herummanipulieren kann und sich die Konten, je mehr man herausnimmt, desto mehr auffüllen. Die italienische kommunistische Partei erhält auf den Osthandel - Exporte wie Importe - einen gewissen Hundertsatz, um ihren Apparat aufrechtzuerhalten. Wären die Eurokommunisten für die Sowjetunion störend, würden sie nicht in das große strategische Konzept passen, wären sie sofort abgewürgt. Ich bin jederzeit bereit, anzunehmen, daß die Amerikaner ihre eigenen Mörder bezahlen; von den Russen glaube ich das bestimmt nicht. Eurokommunismus ist daher ein ganz bewußtes Täuschungsmanöver im Zusammenhang mit den Europawahlen.

Die Sowjets und die Europa-Wahlen

Meine Damen und Herren, die Geschichte der Haltung der Sowjetunion zu den Europawahlen zeigt, daß Moskau in den vergangenen Jahren bis aufs Messer gegen diese gekämpft hat. Der Kreml hat es wesentlich besser als unsere Regierungen verstanden, was diese Wahlen bedeuten werden; sollte es nämlich gelingen, eine politische Autorität in Europa zu schaffen, wäre der Traum der Weltrevolution mehr oder weniger ausgeträumt. Als aber die UdSSR

erkennen mußte, daß diese nicht mehr zu verhindern seien, wurde die Taktik 100prozentig umgeworfen. Man konzentrierte sich nunmehr darauf, die Anhänger möglichst günstig in das Europäische Parlament einzubringen. Das ist allerdings leichter gesagt als getan, denn strukturell ist der Kommunismus in Westeuropa in keiner günstigen Lage. Er ist zwar in Frankreich und Italien relativ stark, mit jeweils ungefähr 1/5 der Wählermassen; aber in keinem der sieben anderen Staaten hat er ernstliche Hoffnung, auch nur einen Abgeordneten in das Europa-Parlament durchzubringen.

Bleiben also die Kommunisten allein, werden sie die aller kleinste Fraktion im Parlament darstellen - und er zählt wenig. Daher das Bestreben, den Kommunismus salonfähig demokratisch aufzuputzen und mit sozialistischen Parteien eine Volksfront zu bilden, in der sie hoffen, der Reiter zu sein, während der Partner das Pferd abgeben wird, denn erstere haben den harten Willen zur Macht. Diesbezüglich spielt die Entwicklung bei den Sozialisten den Sowjets in die Hände.

Wir haben in Europa - und das muß klar gesagt werden - eine Sozialdemokratie, die auf eine große Vergangenheit zurückblickt. Bei den Ungerechtigkeiten des unbeschränkten Kapitalismus im 19. Jahrhundert war eine sozialdemokratische Reaktion durchaus berechtigt; sie hat viel zu unserem gemeinsamen europäischen Erbe beigetragen und sollte daher auch in Zukunft eine Rolle spielen. Seit einiger Zeit werden aber diese alten Parteien geschickt durch echte Marxisten unterlaufen, die einen vollkommen anderen Geist als den der Gründer einbringen. Die meisten unter ihnen sind Menschen, die nicht aus dem sozialdemokratischen Lager kommen. So hat Herr Mitterand in Frankreich eine schillernde Karriere hinter sich, er war Faschist, sprang aber auf der richtigen Seite vom Zug ab, das heißt, nach links, durchlief dann eine Reihe von politischen Parteien, um schließlich Leiter der Sozialistischen Partei Frankreichs und Mitbegründer der Volksfront zu werden.

Mehr Särge als Wiegen

Wir haben auch den Herrn Felipe Gonzales, den großen Demokraten aus Spanien, der vor nicht allzu vielen Jahren noch ganz begeistert im blauen Hemd herumgelaufen ist. Das wird vergessen, denn er hat jetzt die heiligmachende Gnade erhalten. Solche Menschen aber sind die logischen Partner in einer Volksfront. Diese Entwicklung paßt in das strategische Konzept der Sowjetunion, um ihre schwierige Lage zu meistern. Durch das Auftreten Chinas ist Rußland in einer Lage, in der die Zeit nicht mehr für, sondern gegen Moskau arbeitet. Moskau muß beschleunigt handeln, denn die Chinesen haben jüngst von defensiver auf offensive Bewaffnung geschaltet. Man kann sich daher ausrechnen, wann die Chinesen die Sowjets herausfordern können.

Dies ist um so mehr der Fall, als sich die demographische Zusammensetzung der Sowjetunion dauernd zuungunsten der Russen verschiebt, 1970 gab es noch knapp 53 Prozent Russen in der Sowjetunion. Da aber bei den europäischen Russen es mehr Särge als Wiegen gibt, während bei den asiatischen Russen die Zuwachsrate so ist wie im Schnitt der asiatischen Staaten, kann man sich mit ziemlicher Sicherheit ausrechnen, daß es wahrscheinlich schon bei der Volkszählung des Jahres 1980 eine nicht-russische Mehrheit in der Sowjetunion geben

wird, zu einer Zeit, da 95 Prozent aller Stellungen in der Machtelite, also Wirtschaft, Armee, Verwaltung und Politik, sich in den Händen der Russen befinden. Dazu kommt, daß im Zeitalter der Dekolonisierung, in dem der Gedanke der Dekolonisierung eine große Dynamik entwickelt, Rußland die letzte große Kolonialmacht ist, die noch nicht in Frage gestellt worden ist. Kolonien sind dabei nicht nur die europäischen Gebiete, die im Februar 1945 in Jalta an Rußland verschachert wurden - Kolonien sind auch Sibirien und das sowjetische Zentralasien.

Die Franzosen z. B. waren längst in Westafrika, als der erste Russe den Ural in östlicher Richtung überschritten hat, um asiatisches Gebiet zu unterjochen. Die Situation wird immer kritischer, weil China die asiatischen Völker zu ihrem Selbstverständnis erweckt. Es muß im Kreml Alarm ausgelöst haben, als bekannt wurde, daß in den vergangenen 24 Monaten China die Zahl seiner Rundfunksendungen in den asiatischen Sprachen Sibiriens verdoppelt hat. Mit Rücksicht auf diese Perspektiven muß der Kreml seine Politik auf die Verteidigung Sibiriens einstellen. Nun hat aber Rußland niemals die Fähigkeit gehabt, auf zwei Fronten den Krieg zu führen, weil das Verhältnis Raum und Bevölkerung zu ungünstig war.

Es braucht daher einen freien Rücken, um die Stellung im Osten zu halten. Dabei hat Moskau als Folge von Jalta die Fähigkeit verloren, in Westeuropa Frieden zu schließen.

Daran ändern auch alle Ostverträge nichts, denn es ist eine alte Erfahrung, daß ein Aggressor in der Regel langfristig der Gefangene seiner Opfer wird. Die Sowjetunion kann einfach nicht glauben, daß wir die 120 Millionen Europäer hinter der Jalta-Linie abgeschrieben haben. Diesbezüglich kann man sich noch so oft auf die Knie werfen, Verträge unterschreiben und versprechen, von jetzt ab brav zu sein, die Sowjets können uns das einfach nicht abnehmen.

Chu-en-Lais Sorgen um Europa

Für die UdSSR ist daher der einzige Weg, den Westen möglichst schnell zu kontrollieren, erstens, um den Widerstand in dieser Richtung zu brechen, zweitens aber auch, um unsere Menschen und unseren Reichtum für die Verteidigung Sibiriens einzusetzen. Das heißt natürlich nicht, wie es pensionierte Nato-Generäle in letzter Zeit geschrieben haben, daß Rußland demnächst Westeuropa überfallen und in 3 Tagen am Lech und in 6 Tagen am Rhein stehen wird. Das dürfte kaum der Plan sein - wenn auch die Gefahr besteht.

Einer der größten Denker unserer Zeit, der chinesische Ministerpräsident Chu-en-Lai, hat einmal gesagt: „Ich habe schwere Sorgen um Europa, nicht, weil ich glaube, daß Breschnew und Genossen Krieg machen wollen; aber die Geschichte hat mich gelehrt, daß, wenn man einen gewissen Rüstungspegel erreicht hat, es allzuoft passiert, daß das Material die Initiative ergreift und die Gewehre von selbst zu sprechen anfangen.“

In Wirklichkeit verfolgt die UdSSR das Ziel, Westeuropa zu finnlandisieren, also sich die Kontrolle unter Aufrechterhaltung gewisser Formen und unter Ausschluß einer direkten militärischen Operation zu sichern. Das wäre durchaus logisch, denn unser Reichtum ist über

dem Boden. Gäbe es einen Krieg um Europa, würde unsere Wirtschaft, auf die die Russen spekulieren, zerstört werden. Diese Finnlandisierung ist in vollem Gang.

Die Sowjetunion beginnt damit, ihre eigene Stellung in Mittel- und Osteuropa zu festigen, um einen starken Ausgangspunkt zu haben. Diesbezüglich hat man leider bei uns allzuwenig den letzten Kultur- und Freundschaftsvertrag zwischen der „DDR“ und der Sowjetunion zur Kenntnis genommen. Sie wissen, es werden zwischen den kommunistischen Staaten am laufenden Band Kultur- und Freundschaftsverträge abgeschlossen, nach dem alten Prinzip, daß man immer von dem spricht, was man nicht hat. Ist man hungrig, spricht man von Speisen; ist man eingesperrt, spricht man von der Freiheit, und wenn man weder Kultur noch Freundschaft hat, dann unterzeichnet man Kultur- und Freundschaftsverträge.

Die Hilfeverpflichtung der „DDR“

Nun, in dem Vertrag zwischen der „DDR“ und der Sowjetunion gibt es einen kleinen Absatz, der von großer Wichtigkeit ist. Er beinhaltet die unbeschränkte militärische Assistenzverpflichtung der „DDR“ gegenüber der Sowjetunion.

Entgegen dem Buchstaben des Warschauer Paktes tritt fortan die „DDR“ bei jedem Konflikt der Sowjetunion, ob es sich um Nordkorea, ob es sich um das Horn Afrikas oder den Indischen Ozean handelt, automatisch in den Krieg ein.

Ursprünglich nahm ich an, daß bald die anderen Partner des Warschauer Paktes ebenfalls ein solches Abkommen mit der Sowjetunion unterzeichnen würden. Ich habe mich geirrt. Es ist etwas anderes geschehen. Die Partnerstaaten des Warschauer Paktes, mit Ausnahme Polens, haben in den vergangenen Monaten Freundschafts- und Kulturverträge mit der „DDR“ abgeschlossen, in denen sie dieser den unbeschränkten militärischen Beistand versprochen haben. Auf diese Weise sind sie an die Sowjetunion gebunden, denn wenn die „DDR“ Krieg führt, dann müssen automatisch alle anderen ihr zu Hilfe kommen. Auch Polen wird früher oder später folgen. So ist also die innere Struktur des Warschauer Paktes unter Aufrechterhaltung der äußeren Form des auf Europa beschränkten Vertrages grundlegend verändert worden.

Nach dieser Vorbereitung erfolgt nunmehr der innenpolitische Angriff. Da ist der Eurokommunismus, von dem bereits die Rede war. Parallel damit läuft der Versuch, Deutschland von seinen Verbündeten in der NATO zu isolieren, siehe die Affäre Kappler im Sommer 1977. Noch bezeichnender war, was sich in der Zeit von Stammheim und in der Affäre Schleyer abgespielt hat. Als der Selbstmord in Stammheim stattfand, setzten gleichzeitig von Palermo bis Oslo und von Dublin bis nach Lissabon die gleichen Reaktionen mit den gleichen Schlagworten von seiten der gleichen Menschen ein. Das ist kein Zufall, das war Organisation. Sie bezweckte, auf der einen Seite ein antideutsches Gefühl hochzuputschen, was nicht gelang, denn heute sind in den Partnerstaaten der NATO die Sympathien für Deutschland stark genug, um solchen Provokationen zu widerstehen; daß es überall eine Handvoll Schreier gibt, ist nichts Neues. In Deutschland aber - infolge des

Zerrspiegels Fernsehen - wurde der Eindruck erweckt, die ganze Welt ist gegen uns. Das muß sich negativ auswirken.

Diese Operationen werden weitergehen. Erinnern Sie sich, was bezüglich Südafrikas geschehen ist, denn Deutschland ist im sowjetischen Plan das nächste Südafrika. Südafrika war noch vor 15 oder 20 Jahren eines der höchstgeachteten Länder in der UNO und in allen internationalen Organisationen; wir wissen ja, wo es jetzt hingekommen ist. Bei dieser Arbeit wurde eine Reihe von Techniken verwendet, wie z. B. die Verwendung des Wortes „Apartheid“. Es handelt sich hier um ein holländisches, also südafrikanisches Wort.

Man verwendet es in allen unseren Zeitungen, um den Begriff Rassendiskriminierung und Rassentrennung auszudrücken. Dabei erweckt man in dem Unterbewußtsein der Menschen das Gefühl, Apartheid sei ein solch entsetzliches Verbrechen, daß wir, die wir lieb, gut und tugendhaft sind, in unserem Sprachschatz überhaupt kein Wort für dieses Verbrechen haben. Wir müssen daher die Sprache des Unholdes verwenden.

Eine ähnliche Operation läuft nun gegen Deutschland mit dem Wort „Berufsverbot“ an. Durch deutsche Marxisten erfunden, verwenden es heute bereits alle linkslastigen fremdsprachigen Zeitungen für den Begriff Radikalenerlaß. Das sollte man viel öfter sagen, denn nur so kann man heute noch diese Operation verhindern.

Spekulation auf das schlechte Gewissen

Dazu kommt eine gewisse Spekulation auf das schlechte Gewissen des allzu reich gewordenen Westens. Nachdem man immer die eigene Schuld durch den lieben Nächsten sühnen läßt, ist es traumhaft, Südafrika als Sündenbock zu haben.

Ich erinnere mich an einen südamerikanischen Militärdiktator, der war ein überzeugter Christ, nur hat er nicht danach gelebt. Er hatte eine entsetzliche Angst vor der Hölle, aber er hat trotzdem ruhig weiter gesündigt. Da hat er vor 25 Jahren ein besonders abscheuliches Verbrechen begangen - er ließ eine Gegnerin einem Schiffskessel einheizen.

Ein Geistlicher sagte ihm darauf: „Herr General, Sie haben Gott schwerst beleidigt. Wenn Sie jetzt auf diese Tat hin sterben, kommen Sie stracks in die Hölle.“ Der Diktator empfand Reue und befahl seiner Armee, für drei Tage je eine Stunde in die Kirche zu gehen, um für seine Sünden zu sühnen; er selbst allerdings blieb draußen.

Genauso halten wir es mit dem südlichen Afrika. Ich war noch vorige Woche dort. Es gibt eine Reihe von unschönen Dingen in der Politik Südafrikas, wie die „kleine“ Apartheid. Aber immerhin muß man einmal ehrlich aussprechen, daß die rassischen Verfolgungen in Staaten wie den des vortrefflichen Herrn Julius Nyerere, der uns in Europa als Edel-Afrikaner vorgeführt wird, wesentlich ärger sind als das, was die Südafrikaner in ihrer ganzen Geschichte getrieben haben. Und solche Beispiele ließen sich beliebig vermehren, auch ohne den vortrefflichen Idi Amin zu strapazieren.

Um was es in Südafrika wirklich geht ...

Um was es wirklich in Südafrika geht, ist der Versuch, uns wirtschaftlich zu erwürgen. Die Russen pfeifen auf die Menschenrechte. Wenn sie in deren Namen eine Operation unternehmen, so nur, weil 51 % aller Waren, die zur See verfrachtet werden, um das Kap der Guten Hoffnung gehen, weil 60 Prozent des Erdöls, das wir verbrauchen, um das Kap der Guten Hoffnung gebracht wird, weil 73 Prozent der Metalle, die wir für unsere Spitzen-Industrien brauchen, auch vom Kap der Guten Hoffnung herkommen. Sind einmal die Sowjets in Simonstown, können sie uns, wann immer es ihnen gefällt, abwürgen. Dazu kommen die gewaltigen Reserven an Rohstoffen in diesen Gebieten, die, wenn sie einmal in sowjetische Hand fallen, die Schaffung verschiedener Monopole in russischer Hand zur Folge hätten. Ein Beispiel ist Chrom. Fiele Rhodesien unter kommunistische Herrschaft, könnten die modernen Maschinen bzw. die modernen Waffen bei uns nicht mehr hergestellt werden, wenn nicht die Sowjetunion bereit ist, uns das Chrom zu verkaufen. Darum geht es.

Betrüblich ist, daß es nur eine Nation gibt, die sich getraut, das alles offen darzulegen und von europäischen Interessen zu sprechen, und das ist China. Wenn ich chinesische Artikel und Berichte zur Außenpolitik lese, werde ich oft neidisch, denn ich muß ehrlich sagen, viele unserer europäischen Staaten würden weit besser fahren, wenn wir Chinesen als Außenminister hätten. In dieser Perspektive stehen die europäischen Wahlen. Sie bedeuten die entscheidende Weichenstellung für Europa. Wir müssen diese Wahlen mit Optimismus angehen. Selbstverständlich, wir sind in Gefahr.

Allerdings - unser gemeinsamer Markt ist heute die zweitgrößte Wirtschaftsmacht auf Erden. Wir haben mehr Einwohner als die Vereinigten Staaten oder die Sowjetunion. Wenn es uns daher gelänge, diesem wirtschaftlichen und menschlichen Potential eine politische und sicherheitspolitische Dimension zu geben, dann wären wir nicht mehr angreifbar und müßten uns weniger Sorgen machen, wie heute, wo unsere Staaten noch immer nur Größeneinheiten des 19. Jahrhunderts sind und daher politisch nicht zählen.

Man sagt oftmals, der europäische Wahlkampf heißt nichts, denn das Europäische Parlament habe keine Zuständigkeiten. Man zeige mir dasjenige Parlament der Menschheitsgeschichte, das Zuständigkeiten besaß, bevor es bestanden hat. Ein jedes Parlament ist zuerst gewählt worden und hat sich dann seine Rechte geholt. Genau das wird beim Europäischen Parlament geschehen. Die Sowjets sind weiß Gott erfahrene Politiker. Sie geben den europäischen Wahlen weit mehr Wichtigkeit als nur zu oft wir Europäer. Daher die berechtigte Frage: Was wollen wir mit diesen Europawahlen erreichen? Welchen Inhalt wollen wir Europa geben, damit es für die kommenden Generationen die Werte erhalte, die wir aus der europäischen Vergangenheit geerbt haben.

Grundsätze des Europa von morgen

Wir haben bei der Pan-Europa-Union versucht, die Grundsätze des Europa von morgen in kurzen einfachen Punkten zusammenzufassen. An erster Stelle steht der Begriff Großeuropa, d. h. also, ein Europa, das sich nicht auf Westeuropa beschränkt. Selbstverständlich arbeiten

wir heute im Rahmen der EG - das ist die Gegebenheit, das ist das Instrument für die Einigung - wir wollen aber die Frage derjenigen Europäer aufwerfen, die durch einen Beschluß von Nichteuropäern im Februar 1945 von uns getrennt worden sind.

Für uns ist die Linie, die in Jalta gezogen worden ist, keine Grenze, die wir anerkennen. Für uns sind die Tschechen, die Slowaken und die Polen und nicht zu vergessen die Millionen Deutschen hinter den Stacheldrähten, genauso Europäer wie wir selbst. Wir sind demnach verpflichtet, für deren Selbstbestimmungsrecht einzutreten und zwar laut und offen, genauso wie die Afrikaner. Wir wollen auch die alten, zivilisierten Völker Europas dekolonisieren! - An zweiter Stelle müssen wir sagen, daß für uns dieses Europa ein Kontinent der Freiheit ist, wobei wir unter Freiheit nicht nur eine objektive Rechtsordnung verstehen und die Rechte des einzelnen, sondern genauso auch die Rechte der natürlichen Gemeinschaften. Die einzige Art heute, die Freiheit zu erhalten, ist immer noch der Grundsatz, daß die größere Gemeinschaft in Politik wie in Wirtschaft niemals Aufgaben übernehmen darf, die die kleineren zufriedenstellend erfüllen können. - Unser Aufbau muß von unten nach oben und nicht - wie bei den Totalitären - von oben nach unten gehen.

Freiheit, das bedeutet für uns aber auch wirtschaftliche Freiheit. Besitz und Eigentum haben nicht nur eine wirtschaftliche Funktion. So klein sie auch sein mögen, bedeuten sie politische Macht und Kontrolle. In je weniger Händen daher Macht und Kontrolle zusammengefaßt sind, desto schwieriger wird es sein, die Freiheit in der Gemeinschaft zu erhalten. Sollte einmal Macht und Kontrolle nur mehr in einer Hand, nämlich der des Staates bzw. der den Staat regierenden Bürokratie vereinigt sein, ist es überhaupt ausgeschlossen, die Freiheit in der Gemeinschaft zu erhalten. Der beste Beweis ist die Sowjetunion, die ja das ärgste monopolkapitalistische Unternehmen aller Zeiten ist. Ihre Gewerkschaften sind nicht mehr Vertreter der arbeitenden Menschen, sondern ausschließlich Eintreiberorganisation im Dienste des herrschenden Monopolkapitalisten.

Für ein soziales ...

Selbstverständlich wollen wir auch ein soziales Europa. Für uns darf Sozialpolitik nicht bedeuten, daß man den Bestorganierten und Lautstärksten Geld hinschmeißt, damit sie sechs Monate Ruhe geben; sie ist Orientierung an den echten Problemen, ganz besonders aber an jenen, die für die Zukunft von entscheidender Wichtigkeit sein werden, die aber heute vom Standpunkt der Wahlarithmetik und Wahldemagogie noch nicht zählen.

... und für ein christliches Europa

Schließlich wollen wir auch offen sagen, daß dieses Europa ein christlicher Kontinent ist. Das Christentum ist das Fundament unserer Zivilisation. Nähme man das Christentum aus unserem künstlerischen Erbe, aus unseren Städtebildern, aus unserer Literatur und aus all dem, was das Leben Europas bedeutet, heraus, es bliebe praktisch nichts übrig, außer einigen Importen von außen, wie die Verwaltungssilos, Banken und Gefängnisse unserer respektiven supermächtigen Nachbarn. Man muß sich endlich trauen, die Wahrheit zu sagen: dieses Europa wird christlich oder nichts sein. In diesem Zeichen sollte der Wahlkampf für Europa

geführt werden. Viele Menschen sind recht pessimistisch. Sie glauben an unwiderstehliche Linksströmungen in der Politik. Diese Annahme ist unberechtigt. Daß dieser Aberglaube weithin verankert ist, verdankt er nicht zuletzt der höheren Weihe, die ihm ein Fremdwort gibt. Wir haben eine Menschenart, die man mit einem lateinischen Wort „politologus teutonicus“ bezeichnen kann, den deutschen Politologen, dessen wesentliche Charakteristik darin besteht, daß er die eigene und die Intelligenz seines Nachbarn nach Anzahl von Fremdworten pro gedruckter Zeile mißt. Nun, diese Herrschaften haben für den ordinären deutschen Ausdruck „unwiderstehliche Strömungen“ das herrliche englische Wort „Trend“ erfunden. Seither ist der Begriff tabuisiert und jedermann muß daran glauben. In Wirklichkeit zählen in einer demokratischen Politik überhaupt nur drei Dinge: eine klare, harte Aussage, eine überzeugende Persönlichkeit und unermüdliche Basisarbeit.

Wer diese drei Grundsätze ernst nimmt, hat Erfolg in der Politik. Wir sind nicht einfach Spielzeuge irgendwelcher blinder Kräfte, wir sind tatsächlich die Schmiede unserer Zukunft. Diese Erkenntnisse sollten für uns eine echte Herausforderung sein, da uns nur noch wenige Monate von der Entscheidung trennen.

Wir sind verantwortlich für ein großes Erbe, das aus dem Opfer, der Arbeit, dem Einsatz unserer Ahnen entstanden ist. Diese Vergangenheit verpflichtet. Wir dürfen nicht in die Geschichte eingehen als eine Generation, die ihrer Ahnen nicht würdig war und ihre Nachkommen verraten hat.

S. k. u. k. H. Erzherzog Otto von Habsburg, geb. 1912, gest. 2011. Sohn Kaiser Karls I. von Österreich. Schriftsteller, Publizist und Politiker. 1979 bis 1999 für die CSU Mitglied des Europäischen Parlaments.

(Foto v. l. n. r.: Hugo Wellems, Vorsitzender der SWG, Otto von Habsburg, Rudolf Wöllner, Vizepräsident der Paneuropa-Union Deutschland)

